

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Bruno Rossmann, Werner Kogler, Freundinnen und Freunde

betreffend Bankeninsolvenzrecht

eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1910 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2013 (Bundesfinanzgesetz 2013 - BFG 2013) samt Anlagen (1999 d.B.), Rubrik 5 (Kassa und Zinsen)

BEGRÜNDUNG

Die Bankenhilfen belasten die SteuerzahlerInnen beträchtlich. Die bisherigen Nettobelastungen für den Staat betragen einschließlich 2013 etwa 5,8 Mrd. Euro. Davon entfallen auf den Budgetentwurf 2013 rund 1,2 Mrd. Euro für die Hypo Alpe Adria und die Kommunalkredit AG.

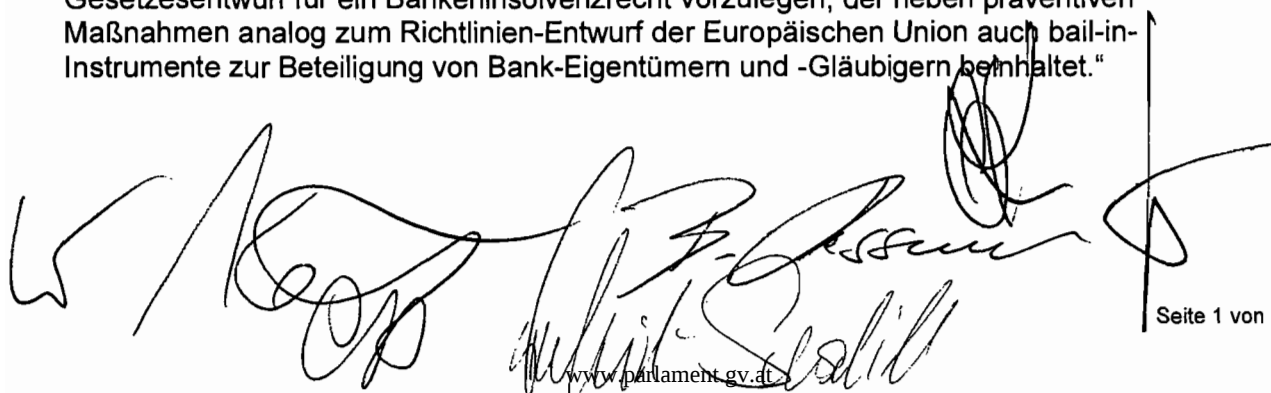
Damit nicht immer die SteuerzahlerInnen am Ende des Tages für Bankenpleiten aufkommen müssen, soll ein Bankeninsolvenzrecht eingeführt werden. SPÖ, ÖVP und Grüne haben sich im Rahmen der Verhandlungen zum ESM im Juli 2012 darauf geeinigt, ein solches Bankeninsolvenzrecht in Österreich zu etablieren. Auch auf EU-Ebene gibt es bereits einen Richtlinienvorschlag zu diesem Thema. Leider haben sich SPÖ und ÖVP bei ihrer Regierungsklausur in Laxenburg bei einer Puntktion zum Bankeninsolvenzrecht allerdings nur auf die präventiven Maßnahmen im Bankeninsolvenzrecht geeinigt, jedoch die wichtigen und auch im EU-Vorschlag enthaltenen bail-in Instrumente zur tatsächlichen Beteiligung von Eigentümern und Gläubigern außen vor gelassen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat die bereits in einer EntschlieÙung eingeforderte Puntktion zum Bankeninsolvenzrecht zu übermitteln und in weiterer Folge so rasch wie möglich, jedenfalls im ersten Quartal 2013, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf für ein Bankeninsolvenzrecht vorzulegen, der neben präventiven Maßnahmen analog zum Richtlinien-Entwurf der Europäischen Union auch bail-in-Instrumente zur Beteiligung von Bank-Eigentümern und -Gläubigern beinhaltet.“



www.parlament.gv.at